

WAS IST ÖPP UND WAS HABEN IHRE BEFÜRWORDER VOR?

Jürgen Schutte

Auf Einladung von attac, DGB Dortmund und Nachdenktreff

Dortmund, 19. Oktober 2015

Wie funktioniert ein ÖPP-Projekt?

Die aktuelle Investitions-Initiative

Ausverkauf der Gemeingüter

WIE FUNKTIONIERT EIN ÖPP-PROJEKT

Die Definition der Öffentlich-Privaten Partnerschaft **ÖPP** / **PPP** ist umstritten. Den zahlreichen Handbüchern und offiziellen Verlautbarungen lässt sich jedoch eine Begriffsbestimmung entnehmen, mit der wir in dieser allgemeinen Einführung arbeiten können und die, wenn nötig, in der Diskussion gerne noch verfeinert werden kann.

Nach den Vorstellungen der Befürworter ist ÖPP:

- Eine langfristig angelegte, *partnerschaftliche Zusammenarbeit* zwischen Öffentlicher Hand und privater Wirtschaft; "partnerschaftlich" – das meint, unter anderem, eine gerechte Verteilung der Risiken. "Jeder Partner übernimmt die Risiken, die er am besten beherrschen kann."
- Das Ziel von ÖPP ist, öffentliche Infrastrukturprojekte *effizienter* realisieren als bisher. Hierin steckt unter anderem die Behauptung, dass private Unternehmen prinzipiell besser, termingerechter und kostengünstiger arbeiten als die öffentliche Hand.
- Das ganz Besondere an ÖPP ist der *Lebenszyklusansatz*. Dieser fasst den gesamten Prozess, das Planen, Bauen, Betreiben, die Finanzierung und gegebenenfalls die Verwertung als einen ganzheitlichen Vorgang auf.
- In jedem ÖPP-Projekt übernimmt der private Auftragnehmer das Objekt für 25 Jahre oder mehr in die eigne Regie.
- ÖPP ist eine Beschaffungsvariante, die auf der *Einbindung von privatem Kapital* in die Erledigung öffentlicher Aufgaben beruht; zuweilen auch als ein

dritter Weg zwischen Privatisierung und konventioneller Realisierung bezeichnet.

Wie funktioniert das?

Walter Benjamin: *Einbahnstraße* (1928) erinnert uns daran, dass eine genaue Kenntnis der Mechanismen, mit denen wir es zu tun haben, die Kritik ungemein schärft, wenn nicht erst plausibel macht. Er schreibt:

Es ist nötig, den Gegenstand sehr genau zu kennen, wenn man ihn verändern will. "Meinungen" sind für den Riesenapparat des gesellschaftlichen Lebens, was Öl für Maschinen; man stellt sich nicht vor eine Turbine und übergießt sie mit Maschinenöl. Man spritzt ein wenig davon in verborgene Nieten und Fugen, die man kennen muss.

STRUKTUR UND ABLAUF EINES ÖPP-PROJEKTS

(mit Animation)

Eine Kommune –

hat eine marode, stark *sanierungsbedürftige Schule*, mit der sie "etwas machen" will; aber sie hat auch Schulden und erwägt angesichts der *Schuldenbremse* ÖPP

im Auftrag der Kommune und eines Baukonzerns wird von einer Beratungsfirma eine *Wirtschaftlichkeitsprüfung* durchgeführt [was ist wirtschaftlicher: ÖPP oder Eigenerledigung]

der beteiligte Konzern gründet eine *Zweck- oder Projektgesellschaft* mit einer finanziellen Mindestausstattung, die (wieder mit Hilfe von Beratern) die Finanzierung erledigt

die Finanzierung besteht (zumeist) aus nicht mehr als 10% Eigenmitteln, 90% setzen sich zusammen aus einem Bankkredit und ggf. Fördermitteln (von Kreditanstalt für Wiederaufbau, Bund oder Land, Europäische Zentralbank u.a.)

der *Projektvertrag* bezieht sich auf alle "Verwertungsstufen": Finanzierung, Planung, Bau, Betrieb, Verwertung; in den meisten Fällen wird "Forfaitierung mit Einredeverzicht" vereinbart; das ist aber nicht genau festzulegen, denn

ALLE ÖPP-VERTRÄGE SIND GEHEIM

Der **LEBENSZYKLUS** ist das eigentlich Neue am ÖPP-Konzept, das in Großbritannien unter Margret Thatcher erfunden und unter Tony Blair weiterentwickelt wurde; es ist eine gut ausgedachte Komplexität. Deren Effekt womöglich mehr auf dem Gebiet der Desorientierung liegt als auf dem der Komplexität

Wir lassen uns das vorführen:

Eine Schule verursacht neben den Ausgaben für die Durchführung des Unterrichts, die der Staat aufbringt, andere *Kosten*; diese sind ein entscheidender Faktor für ÖPP; Die Baumaßnahme wird von der *Projektgesellschaft* durchgeführt, im Hintergrund wirkt die kreditgebende Bank, welche ihrerseits ihre Finanzmittel u.a. in *Fonds* angelegt hat;

mit Abschluss des Vertrags wird die vom Auftraggeber aufzubringende Summe forfaitiert (pauschalisiert) und als eine *Forderung* der Bank zu einem handelbaren Finanzprodukt definiert; man sagt: Die Forderung wird verbrieft;

der Auftragnehmer (die Projektgesellschaft) führt die Baumaßnahme durch (diese wird in der Regel als *Investition* getrennt abgerechnet);

zugleich übernimmt die Projektgesellschaft die volle "*unternehmerische Gestaltungsfreiheit*"; die Kommune hat nichts (oder fast nichts) mehr zu sagen...

Die Bank hat inzwischen ihre Forderung in einen *Infrastrukturfonds* eingebracht, den sie anteilig an zahlungskräftige Sparer und / oder institutionelle Investoren (Stiftungen, Versicherungen u.a.) verkauft;

währenddessen kämpft die Projektgesellschaft um die Sicherung und Steigerung der *Rendite*; der Königsweg dazu ist noch immer die Verschärfung der Ausbeutung;

man vergegenwärtige sich, welche Erwartungen an diese "Sicherungsarbeit" (man kann auch sagen: Anstrengung für Effizienz) der Auftraggeber zu bedienen hat. Den *Gewinn* der Projektgesellschaft; die pauschalisierte *Miete* – (zus. mit der Investition das *Projektvolumen*) und die Rendite-Erwartungen der Anleger des Infrastrukturfonds, der *shareholder*.

So kommen die Gemeingüter unter die Leute.

Auf einen Aspekt möchte ich Ihre Aufmerksamkeit besonders lenken:

Im Gegensatz zu den Befürwortern, die uns auf die Tatsache verweisen, dass **jedes** Bauprojekt Fehler und Mängel hat (haben kann), fragen wir nach den *unvermeidbaren* Nachteilen und den *unausweichlichen* Folgen von ÖPP-Projekten. Nicht die üblichen Missstände und Mängel stehen zur Debatte, sondern Eigenschaften, die sich aus der Konstruktion der Projekte selbst ergeben.

Richtig ist die Vermutung, dass unser Urteil damit auf den Satz hinausläuft:

ÖPP hat keine Fehler, ÖPP ist ein Fehler.

Es gibt von diesem Milliardengeschäft, das immerhin erhebliche Fragen aufwirft und ebensolche Folgen hat, keine öffentlich beauftragte wissenschaftliche Auswertung durch irgendeine neutrale Instanz. Obwohl die Bundesregierung noch unter CDU/CSU/FDP-Koalition eine Clearingstelle – die *ÖPP Deutschland AG* (auch *Partnerschaften Deutschland*) – gegründet hat, wurde eine fundierte Auswertung

nicht veranlasst , ja nicht einmal eine verbindliche Auskunft oder auch Anmeldung von den Projektträgern wird verlangt.¹

Diese Ignoranz summiert sich mit der Deklaration von *Geschäfts-und Betriebsgeheimnis* zu einer Geheimniskrämerei, die mit dem Hinweis Transparenzbeispiele eher zu einer Lachnummer wird. Weder die Existenz, noch die Entscheidungsgrundlagen, noch ihr Zustandekommen, ihr Verlauf und ihre Folgen werden öffentlich zugänglich.

Ich erläutere jetzt noch drei Kernbegriffe um ÖPP.

EFFIZIENZ

der Begriff ist ein allgemeines Qualitätskriterium. Effizient ist, was den Profit sichert und steigert – und: Die Privaten sind sowieso immer effizienter als die öffentliche Hand. Die Frage: effizient in welcher Hinsicht, oder gar: effizient für wen? wird meist tunlich umgangen.²

- *betriebswirtschaftlich*: Gewinn für den privaten Investor
- *volkswirtschaftlich*: Nutzen für die Allgemeinheit -- Verbesserung der Lebensqualität und des Zugangs zu Daseinsvorsorge
- die Befürworter propagieren Effizienzen von bis zu 15% Einsparungen
- die Erfahrungen mit zahlreichen Projekten und die Prüfberichte der Rechnungshöfe sprechen dagegen

Ich erspare mir die Aufzählung von Beispielen und erwähne nur die von den Rechnungshöfen im Jahr 2014 errechneten Mehrkosten für fünf aktuelle Autobahnprojekte 2014 (Volumen 5,1 Mrd.; Mehrkosten 1,9 Mrd.)

Die Rechnungshöfe haben jedoch kein Sanktionsrecht

KOSTEN UND SCHULDEN

Schulden, genauer, die chronische Unterfinanzierung der Kommunen und ihre steigenden Aufgaben sind meist der Grund, aus dem sich Städte und Gemeinden trotz Bedenken auf das Spiel mit ÖPP einlassen.

Denn ÖPP verspricht ihnen Investitionen, die zwar viel kosten, aber durch "Einbindung" von privatem Kapital scheinbar in erträglichen Raten über lange Zeit finanziert werden können.

1 Die Projektdatenbank der AG meldet 198 PPP-Projekte und 34 "mit PPP-Elementen"; von den 198 laufenden Projekten sind 126 auf "Forfaitierung mit Einredeverzicht" festgelegt. Eine Angabe über letzte Aktualisierung war nicht aufzufinden. Projektbetreiber können sich registrieren, um ihre Daten eintragen zu können. Die Meldungen sind freiwillig!

2 Dass dieses leider in mncher Hinsicht stimmt, hängt mit dem Kaputtsparen des Öffentlichen, aber auch mit dessen unzeitgemäßer Organisation zusammen; der miserable Zustand der "Ämter" ist für uns wie ein starker Gegenwind.

ÖPP-Kredite der öffentlichen Hand werden als Kassenkredite gewertet und erscheinen im Haushalt nicht als Schulden.

Verschuldung im Sinne von Schuldenbremsen, Maastricht-Kriterien und des Fiskalpaktes tritt also nicht ein.

Zwar wissen die Kommunalvertreter, dass diese Schulden bezahlt werden müssen; aber das ist morgen, übermorgen – irgendwann. Man schämt sich nicht, de eigenen Kindern eine Schuldenlast aufzupacken, welche diesen den Spaß an der Demokratie nachhaltig verleiden muss.

Eine vollständige Bewertung der Zahlungsverpflichtungen ist oft nicht möglich; die genaue Schuldenhöhe und der zu bezahlende Zinssatz bleiben über längere Zeit unbekannt; die Zinsen für den Kredit des Auftragnehmers werden eingepreist, das heißt, sie erden aus durchsichtigen Motiven nicht klar benannt.

Hinzu kommen die Gewinngarantien, die ebenfalls zu den gut versteckten Geheimnissen der Vertragswerke gehören.

Und schließlich müsste man bei einer ehrlichen Kostenaufstellung auch eine gewisse Summe für Bestechungsgelder in Rechnung stellen.

RISIKEN

Den Begriff Risiken benutzen die Befürworter und Betreiber ebenfalls für allerlei vernebelnde Manöver. Handelt es sich doch in der Regel um Kosten bzw. Mehrkosten, die aus vertretbaren und nicht vertretbaren Gründen entstehen. Einige von diesen sind:

- Verträge [Umfang und Komplexität] geben wegen der Geheimhaltung Anlass zu unvermeidbaren Rechtsstreitigkeiten,
- Beratung und Rechtsvertretung [Interessenkonflikte]
- Schädigung des lokalen Mittelstands [Auftragsvolumen vergeben]
- Verlust der fachlichen Kompetenz beim Auftraggeber [ö. D.]
- Insolvenz: Schädigung durch den privaten Auftragnehmer
- Ablösung der Standards des Auftraggebers [Lohn; Umwelt; Tarife]
- anfällig für Korruption [Projekt undurchsichtig]
- Kostensteigerungen und Terminüberschreitungen

Alle diese Risiken treten auch bei konventioneller Erledigung auf, das ist wohl wahr. Entscheidend für die Praxis vom ÖPP ist jedoch, wie und mit welchen Begründungen diese Risiken auf welchen Schultern abgeladen werden. Die Erfahrung sagt: Am Ende muss, ganz entgegen den landläufigen Beteuerungen, die öffentliche Hand mit Steuergeldern aushelfen. Das ist natürlich ganz alternativlos der Fall, wo die Projektgesellschaft – ohne große Verluste für den Konzern, aus dem sie kommt – pleite geht.

ÖPP: EINE KATASTROPHALE BILANZ

Die Erfahrungen mit PPP sind schon in den ersten Jahren – nach 2000 – katastrophal. Der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht, Professor Siegfried Broß, hat 2007 zusammengefasst:

- *Es ist kaum etwas billiger geworden.*
- *Es ist zweifelhaft, ob die Versorgung mit bisher in öffentlicher Verantwortung erbrachten Leistungen nach der Privatisierung verlässlicher geworden ist.*
- *Das Leistungsvermögen und damit für viele Bereiche die Sicherheit für die Benutzer oder Verbraucher ist gesunken.*
- (Quelle: Siegfried Broß [2007])

**PPP ist eine Mogelpackung: ineffizient, intransparent,
unkontrollierbar und gefährlich**

DIE INVESTITIONSOFFENSIVE

Die Investitions-Offensive der Bundesregierung, als deren Initiator sich Wirtschaftsminister Gabriel präsentiert, zielt auf eine flächendeckende Privatisierung der öffentlichen Verkehrs-Infrastruktur, aktuell der Autobahnen und Bundesfernstraßen.

Der "Ausstiegs"-Strategie liegt die neoliberale Überzeugung zugrunde, dass Produktion, Handel und Verteilung um so besser funktionieren, je weniger der Staat sich einmischt. Alle Regulierungen – zum Beipiels Arbeitsbedingungen, Mitsprache der Gewerkschaften und Betriebsräte sowie Verbraucherschutz und Umweltstandards – werden als "Wettbewerbshindernisse" erlebt und dem Druck des Verschwindens ausgesetzt.

Die Investitionsoffensive wurde durch die Einsetzung einer *unabhängigen Expertenkommission* eingeleitet. Diese bestand aus Vertretern von Banken, Versicherungen, wissenschaftlichen Instituten, den Vorsitzenden des DGB und vier Gewerkschaften.

Die Kommission hat am 21. April 2015 einen Abschlussbericht vorgelegt, der seither ein zentraler Bezugspunkt in der Privatisierungsdebatte ist.

Im Abschlussbericht ist ÖPP distanziert behandelt; das lässt den Schluss zu, dass die Kommission ein Eingreifen in die Debatte bewusst vermeiden will und dass man seine Ziele ohne ausführliche Widerlegung dieser Kritiken erreichen will.

INVESTITIONSSTAU

auch: Sanierungsstau, Investitionslücke, Investitionsbedarf

Ein **Investitionsstau** liegt vor, wenn notwendige Reparaturen, Erweiterungen und Modernisierungen der Infrastruktur über längere Zeit unterlassen werden.

Infrastruktur ist der zusammenfassende Begriff für Einrichtungen der Daseinsvorsorge wie für Wasserversorgung, Abwasser, Krankenhäuser, Schulen, Freizeiteinrichtungen u.a.

Man kann darüber streiten, ob Infrastruktur und Daseinsvorsorge synonym sind, also genau dasselbe Objekt, den selben Sachverhalt bezeichnen. Fest steht, dass ein sehr großer Teil der öffentlichen Infrastruktur der Gewährleistung der Daseinsvorsorge dient – als da sind Ernährung, Wohnen, Chancengleichheit, innere Sicherheit, Mobilität usf. Diese Dinge und noch viel mehr liegen bei uns im Argen.

Der Investitionsstau wird als Notlage der Kommunen dargestellt. Diese befinden sich zwischen gestiegenen Anforderungen besonders an soziale Leistungen und verringerter Zuteilungen von Bund und Ländern sowie wegen der Schuldenbremse in einer schmerzhaften Klemme.

Die Politik sagt: Wir spüren den Schuldenberg, wollen aber gar nicht so genau wissen, woher er kommt. Er ist wie ein Schicksal.

Tatsächlich ist er eine Folge von öffentlicher Armut, exzessiver Kürzungs- und Sparpolitik sowie falscher Prioritätensetzung.

ANLAGE-NOTSTAND

auch Renditehunger

Als Anlagenotstand wird der Umstand bezeichnet, dass die privaten Renten- und Lebensversicherungen, aber auch Pensionsfonds und Banken auf billionenschweren Rücklagen sitzen – den Einzahlungen und Ersparnissen ihrer Kunden – en und die Kunden wegen des gegenwärtigen niedrigen Zinsniveaus nicht mit den erwarteten Gewinnen bedienen können.

Sie stehen unter dem Druck, Zinsen und Gewinne zu erwirtschaften.

IMPULSE FÜR EIN STÄRKERES DEUTSCHLAND

Minister Gabriel hatte der Expertenkommission den Auftrag gegeben, herauszufinden, *wie wir zu mehr privaten und öffentlichen Investitionen kommen ... Wir brauchen zur Zukunftssicherung eine wirksame Investitionstrategie.*

Es gehe um die Einbindung von privatem Kapital in öffentliche Aufgaben.

Notwendig sei ein kräftiger Impuls für Wachstum und Arbeitsplätze. Der Gedanke hinter der Investitions-Offensive ist einfach: Minus mal Minus gibt plus. Das heißt aktuell: Die Finanzierungsnot der Kommunen wird durch Verknüpfung mit der Anlagenot der institutionellen Investoren gelöst.

WAS WIRD AUS ÖPP?

Die *neue Generation* von ÖPP-Projekten ist die frisch herausgeputzte alte Generation. ÖPP bleibt, soll aber nicht mehr so heißen.

Es bleibt im Prinzip bei ÖPP. Zur Reform des Verfahrens gehört eine bessere Organisation und Ausstattung der Beratung und der Lobby-Arbeit (IfK.s), eine Sammlung der Volumina und eine vollständige Privatisierung der Autobahnen (und Bundesstraßen).

Spezielle, in blumenreiche Formulierungen verpackte Steuerbegünstigungen, Sonderförderungen und versteckte Wettbewerbsvorteile für Großkonzerne sollen die Verwertung des investierten Kapitals optimieren.

Es geht erkennbar darum, die Interessen der "Geldgeber" so effektiv wie möglich zu vertreten.

Allerdings bekommen wir es besonders in diesen Passagen des Berichts mit Tarnen und Täuschen zu tun. Die unabhängigen Experten wissen, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung (80%) die andauernde Privatisierung ablehnt.

POLITISCHE BEURTEILUNG DES KOMMISSIONSBERICHTS

Privatisierung ist eine systemverändernde, neoliberal motivierte Strategie im Verteilungskampf

- Die Notwendigkeit einer Investitionsinitiative ist unabweisbar.
- Welche Not muss gewendet werden? Die der Verwerter oder die der Menschen, welche auf die Daseinsvorsorge angewiesen sind?
- Sind diese Nöte nicht durch politische Entscheidungen selbst erzeugt

IMPULSE FÜR EIN SCHNELLERES DEUTSCHLAND

Der Wirtschaftsminister und der Verkehrsminister gehen in der Auslegung des Kommissionsberichts arbeitsteilig vor. Sie verfolgen das gleiche Ziel auf verschiedenen Wegen.

Während Dobrindt eher an einer Verbesserung und Kumulierung von ÖPP-Modellen interessiert scheint, verfolgt Gabriel weiterreichende Pläne, die durchaus auf einen *systemverändernden Eingriff in die Infrastruktur* hinauslaufen.

Gabriel geht aufs Ganze: Er will die Privatisierung aller Autobahnen und später auch der Bundesstraßen auf ein Mal. Dieses Ziel will er noch in diesem Jahr unwiderruflich festklopfen.

Auch er weiss, dass er für seine Pläne in der Bevölkerung keine Mehrheit hat und dass die zu Realisierung notwendige Grundgesetzänderung im Parlament schwierig wird. Es muss ihm ganz Recht sein, dass die Ziele und besonders ihre finanziellen Implikationen nicht im Klartext benannt sind.

Verkehrs- und UmweltpolitikerInnen müssten trotzdem ein lautes "Haltet ein"! rufen.

INFRASTRUKTURGESELLSCHAFTEN

ÖPP-Projekte bisher als Einzelvorhaben, isoliert voneinander ließen sich die Kommunalvertreter auf das Spiel ein; isoliert voneinander suchten alarmierte Personen und Gruppe zu verhindern, was sich ankündigte. Mit einer Infrastrukturgesellschaft für den Bundesfernstraßenbau wird ÖPP von oben institutionalisiert. Es ist an der Zeit, auch den Widerstand besser zu vernetzen.

Die bekannten Nachteile und die seltenen Vorteile von ÖPP sind übertragbar auf die Infrastrukturgesellschaft.

Sie soll „überwiegend unabhängig“ und damit weitgehend unkontrolliert von demokratisch legitimierten Parlamenten mit den zur Verfügung gestellten Steuergeldern und Gebühren in großem Umfang ÖPP-Projekte umsetzen.

Dazu kommen die spezifischen Nachteile wie die gesamtgesellschaftlichen Kosten für den erforderlichen Verwaltungsumbau.

DIE VERGABE DER NETZE

Die Gründung der Verkehrs-Infrastruktur-Gesellschaft für Bundesfernstraßen ist eine verkehrspolitische Wende von großer Bedeutung.

Jenseits der von Schuldenbremsen und Fiskalpakt festgelegten Grenzen finanziert sie sich vor allem aus Mautgebühren. Sie wird voraussichtlich aus der VIFG entstehen und ist schon jetzt mit großen Summen ausgestattet.

Sie wird ihre Geschäfte ausschließlich mit ÖPP machen.

Im Gegensatz zu den Behauptungen des Ministeriums ist sie eine Form der Privatisierung. Obwohl sie zunächst im alleinigen Bundesbesitz bleiben soll, ist sie nach dem Vorbild der Bahn ein privates Unternehmen, dem die Regierung nicht einmal Informationen abfordern kann.

Sie ist der Ausverkauf des vorletzten der tragenden Netze an Private.

Der Verkehrssektor ist damit einem allein vom Gewinn diktierten Ausbau preisgegeben.

Damit ist sie das Ende jeder Bemühung um die Umweltziele.

"IST ES AUCH WAHNSINN SO HAT ES DOCH METHODE"

Verkehrsminister Dobrindt: Wir brauchen mehr Fernstraßen, denn durch Stau entsteht volkswirtschaftlicher Schaden!

Die Verkehrsbeobachtung und –forschung hat ergeben: Neue Straßen führen zu neuen Staus und mehr Unfällen.

WEG VOM STAAT

Mit der geplanten Zentralisierung und Privatisierung des Fernstraßennetzes wird es eine weitere Gewichtsverlagerung der gesellschaftlichen Macht zu Gunsten der herrschenden Gruppen geben: Die Verfügung über die Institutionen der Daseinsvorsorge geht auf das Kapital über: Weg von Instrumenten der Demokratie hin zu einer Tausch- und Verwertungslogik.

Das betrifft auch die Verwendung von Steuergeldern in erheblichem Umfang in den kommenden Jahrzehnten, die für andere Bereiche nicht mehr zur Verfügung stehen bzw. zusätzliche Kosten verursachen.

Gegen den Strom

Die Positionen der in der Kommission vertretenen Gewerkschaften IGM, ver.di, IG BCE, IG BAU sowie des DGB. Die dort aufgeführten Positionen beinhalten bereits eine grundsätzliche und weitreichende Kritik an den Vorschlägen des Berichts.

Der Bericht bildet alles andere ab als einen breiten gesellschaftlichen Konsens.

AUSVERKAUF DER GEMEINGÜTER

ÖPP IST PRIVATISIERUNG ? WIESO?

Entgegen zahlreichen Behauptungen der Lobby ist die Gestaltung der Projekt-Institutionen durch Verwertung, nicht durch Bedarf und demokratisch kontrollierte Entscheidungen bestimmt.

Im Positionspapier der Banken zum Bericht der Gabrielschen Expertenkommission heißt es unumwunden: *Kern der Privatisierung als Beschaffungs- und Finanzierungsvariante ist, dass der Private Eigentümer der Infrastruktur ist und – innerhalb eines staatlich bzw. gesetzlich vorgegebenen Rahmens – umfänglichere unternehmerische Gestaltungsfreiheit hat.*

Im langjährigen Durchschnitt lehnt eine umfassende Mehrheit (80 Prozent) weitere Privatisierungen ganz ab

PRIVATISIERUNG I

Bei der Privatisierung von Infrastruktur durch ÖPP handelt es sich um eine Kette von mit einander verbundenen Privatisierungsmaßnahmen

- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen werden generell privat erbracht
- ebenso die Rechtsberatung und die Vertragsausgestaltung

- Selbst die öffentliche Beratungsgesellschaft des Bundes ist teilprivatisiert (ÖPP Deutschland AG)
- Teile des Ausschreibungsverfahrens werden durch Private (zumeist große Wirtschaftskanzleien) erledigt

Auf dieser von privaten Verwertungsinteressen bestimmten Basis gibt die Gesellschaft das Auftragsvolumen eines bestimmten Sektors der Daseinsvorsorge auf einen Schlag und unkündbar für die nächsten 30 Jahre aus der Hand.

GEMEINGÜTER

- materiell: Gemeingüter erscheinen als Gegebenheiten der dinglichen Welt (Natur und/oder Geschichte)
- sozial: Gemeingüter sind Formen des Naturverhältnisses und der sozialen Beziehungen
- kulturell: Gemeingüter existieren wesentlich durch die Regeln ihrer kollektiven Nutzung und deren Legitimation

PRIVATISIERUNG ALS GEFÄHRDUNG DER DEMOKRATIE – EINIGE STICHWORTE

Die Bedeutung der Gemeingüter erkennen

- für das Individuum
- für die Gesellschaft

Handlungsfähigkeit des Staates erhalten

Verfassungsgebote ernst nehmen

demokratische Sektoren verteidigen

öffentliche Expertise bewahren

ökonomischen Einfluss der Politik sichern

PRIVATISIERUNG II

Privatisiert wird das öffentliche Wissen: Durch Stellenabbau und "Aufgabenkritik" gehen Expertise und Erfahrungen verloren.

der zugehörige Teil der Gerichtsbarkeit wird privatisiert: ÖPPs unterliegen generell privaten Schiedsgerichten. Was jetzt bei TTIP, CETA und TISA breit kritisiert wird, ist bei ÖPP bereits die Regel.

Im Fall Toll Collect kann beobachtet werden, dass der Staat trotz der erheblichen Forderung von mittlerweile acht Milliarden Euro in über zehn Jahren vor dem privaten Schiedsgericht nicht einen Cent erstreiten konnte.

ÖPP ist zudem von Anfang an die Umwandlung der Infrastruktur unserer Daseinsvorsorge in handelbare, spekulationsfähige Finanzprodukte.

ÖPP UND TTIP – AUS DEM GLEICHEN HOLZ

TTIP ist ein langfristig vorbereiteter, mit großer Energie vorgetragener Angriff auf die Lebensbedingungen in den sozialen Demokratien Europas. ÖPP ist seine Vorübung.

- TTIP perfektioniert den Ausstieg aus der Demokratie. Das Verhandlungsergebnis wird ein Vertrag sein, der vom Europaparlament nur als ganzer ratifiziert oder abgelehnt werden kann. Änderungsanträge werden nicht mehr zugelassen. Man kann sich den Druck auf das Gewissen der Abgeordneten vorstellen
- Der einmal beschlossene Vertrag wird in der Folge unveränderbar sein. Es gibt also keine Möglichkeit, ihn gegebenenfalls veränderten äußeren Bedingungen anzupassen oder, zum Beispiel, privatisierte Institutionen oder Dienstleistungen zu rekommunalisieren.
- Die Einrichtung von privaten Schiedsgerichten setzt für Konflikte zwischen Staat und Unternehmen das jeweilige Recht außer Kraft. TTIP bricht Bundes- und Landesrecht und hat Vorrang vor den bestehenden Kompetenzen der Kommunen.

Ich lasse es bei diesen zugegebenermaßen nicht erfrischenden Feststellungen bewenden und überlasse Ihnen das Wort zu Fragen, Ergänzungen und kritischen Interventionen!